

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 38
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 848 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 118

26. Juni 1985

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, bezeichnet das Verhalten des CDU-Abgeordneten Hupka als unwürdig. Seite 1

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, unterstreicht das Eintreten der Sozialdemokraten für Entspannung und Kooperation im Ost-West-Verhältnis. Seite 3

Alwin Brück MdB wirft der Regierung vor, entwicklungspolitisch abzuwirtschaften. Seite 5

Klaus Kirschner MdB über Bangemanns jüngste Renteninitiative: Die Ellenbogenideologie lockt. Seite 6

Hupka beschmutzt das Ansehen des Parlaments

Ein CDU-Abgeordneter als Kriegstreiber und Kriegshetzer

Von Rudolf Dreßler MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Mit peinlichem Schweigen hat die Koalition in Bonn Einlassungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka zur Deutschland- und Ostpolitik auf einer Bundestagung seiner Organisation übergangen. Nach Ansicht Hupkas soll eine Politik der "Destabilisierung" gegenüber der DDR und den anderen Staaten des Ostens betrieben werden. Zwar sagte Hupka einschränkend, diese "Destabilisierung" sei nur "verbal, moralisch, rechtlich und politisch" gezielt und sollte auf Gewalt verzichten, aber dieser Angriff auf den Status quo in Mittel- und Osteuropa muß Angst und Angstreaktionen auslösen.

Destabilisierung heißt: Ein Land, seine Bevölkerung und deren Regierung, deren Normen des Zusammenlebens und die Voraussetzungen der staatlichen Existenz auflockern und abbauen, um dies alles durch etwas anderes zu ersetzen. Die Konsequenzen der Stoßrichtung Hupkas liegen auf der Hand: Die Regierungen in Osteuropa, in Polen und in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien und Bulgarien, in der UdSSR und nicht zuletzt in der DDR sollen erschüttert, in Bedrängnis gebracht werden. Destabilisierung heißt also weitergedacht, auf Aufstände in den genannten Ländern setzen, Aufstände und Unruhen in den genannten Ländern zur Basis der eigenen Politik zu erklären.

Damit entlarvt sich Hupkas Einschränkung auf "verbal, moralisch, rechtlich und politisch" als augenzwinkernde Ablenkung. Wer auf diesen vier Feldern eine Destabilisierung aktiv betreibt, der kann erleben, daß die Entwicklung umschlägt in Gewalttätigkeiten, in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Bevölkerung.

Hupka weiß um diese Konsequenzen, er hat dennoch nicht darauf verzichtet, seine Destabilisierung anzupreisen.

So erzielt Hupka zwangsläufig mehrere Nebeneffekte:

1. Kritiker der Verhältnisse in den Ländern des Ostblockes werden es noch schwerer haben, werden mehr Repressalien ausgesetzt sein. Denn in der Logik repressiver Regierungen liegt es, bei wachsenden Androhungen und Bedrohungen von außen das kritische Potential im Lande total in den Lagern verschwinden zu lassen.
2. Können wir uns alle bei Herrn Hupka und seinen Gesinnungsfreunden "bedanken", wenn die sowjetische Führung in ihrer traumatischen Angst vor Bedrohung noch viel mehr Waffen einschließlich neuer Raketen in ihrem Vorfeld stationiert. Vielleicht setzt sogar ein Hupka auf diese neuen Rüstungsrunden, weil er sich so wachsenden Widerstand in Polen oder der DDR zum Beispiel gegen die Sowjetunion ausrechnet.
3. Die Respektierung der Menschenrechte in den Ländern des Ostens wird aussichtslos. Reformpflänzchen werden abgewürgt, die Polizeiminister sagen, was unter Meinungsfreiheit und Arbeitnehmerrechten zu verstehen ist.

Hupkas Destabilisierungs-Politik ist das Ergebnis von Anstrengungen eines kranken Gehirns. Hupkas Destabilisierungs-Politik ist nichts als Kriegstreiberei und Kriegshetze, jedenfalls in der Konsequenz. Subjektiv erfüllt die These Hupkas nach meiner Überzeugung auch den Tatbestand der Aufforderung zur Kriegsvorbereitung. Und im übertragenen Sinn ist seine Aufforderung zur Destabilisierung keinen Deut besser und noch gefährlicher als die Phantasiererei eines 23jährigen im "Schlesier" über den Einsatz der Bundeswehr im Osten.

Mit einem Kriegstreiber möchte ich nichts zu tun haben, schon garnicht im Bundestag. Ich schäme mich, unter meinen Parlamentskollegen einen Vertreter zu wissen, der seine Eroberungspläne nur mühsam zügeln kann, und der es offenbar darauf anlegt, die Jugend erneut in einen Krieg hineinzutreiben. Ich schäme mich schließlich für die Regierungs-Fraktionen, die zu Hupka kein Wort der Kritik gefunden haben.

Herr Hupka hat mit seiner Aufforderung nach Destabilisierung Ehre und Ansehen des Bundestages, dem er angehört, beschmutzt. Er hat die Friedenssehnsucht und den Friedenswillen unseres Volkes in den Augen unserer östlichen Nachbarn in Zweifel gezogen. Sein Verhalten ist eines Parlamentariers unwürdig.

(-/26.6.1985/va/ks)

+ + +



Entspannung fördert die Menschenrechte

Wir wollen Reformen aber keine Destabilisierung

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Der status quo der Grenzen kann und muß in Europa im Interesse des Friedens respektiert werden. Den gesellschaftlichen status quo könnte auch ein moderner Metternich nicht festschreiben. Reformdruck entsteht in Ost- und Westeuropa nicht als Ergebnis einer Einmischung von außen, sondern aufgrund der inneren Dynamik gesellschaftlicher Prozesse. Gerade als Sozialdemokraten sind wir davon überzeugt, daß in Ost- wie in Westeuropa auf Dauer innere Stabilität nur durch reformfähige Gesellschaften gewährleistet werden kann. Deshalb unterstützen wir Sozialdemokraten den Reformwillen und die Reformfähigkeit in Ost und West. Aber wir wenden uns entschieden gegen das destruktive und gefährliche Ziel - wie es durch Sprecher der CDU/CSU erneut in den letzten Tagen vertreten wurde -, Osteuropa zu destabilisieren.

Das Streben nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit äußert sich in Ost und West in unterschiedlichen politischen und organisatorischen Formen. Aber die gemeinsame europäische Vergangenheit drückt sich trotz des Antagonismus der Systeme in der gemeinsamen Hoffnung auf eine künftige europäische Friedensordnung aus. Unsere Politik ist es, die friedenspolitische Stabilität in Europa durch die schrittweise Reform der Ost-West-Beziehungen zu fördern: Denn nur im Frieden kann sich die Hoffnung auf mehr Freiheit und Gerechtigkeit erfüllen. Wer wie Alfred Dregger im Namen der Freiheit zur politischen Konfrontation zwischen Ost und West aufruft, versündigt sich gleichermaßen an den Grundwerten Frieden und Freiheit.

Wenn der status quo der Grenzen in Europa respektiert wird, mehren sich die Chancen, den status quo der Konfrontation abzubauen. Menschliche Energien sollen vom sinnlosen Wettrüsten auf menschliche Zwecke gelenkt werden. Wenn sich die Kriegsgefahren, Rüstungen und die machtpolitische Relevanz von Waffen im Ost-West-Konflikt verringern, dann nimmt die Durchlässigkeit der Grenzen für den friedlichen Wettbewerb der Ideen zu. Sozialdemokraten sind politische Gegner des Marxismus-Leninismus. Aber sie wenden sich auch dagegen, da- der friedliche Wettbewerb der Ideen während des Kalten Krieges zur psychologischen Kriegsführung entartet.

Die wechselseitige Respektierung aller europäischen Regierungen als Vertragspartner und die zunehmende Kooperation zwischen den Staaten West- und Osteuropas setzte innergesellschaftlich Widersprüche zu herrschenden politischen und kulturellen Vorstellungen frei, die in Westeuropa als Reformanstöße pluralistisch integriert werden konnten und in Osteuropa aufgrund der dortigen starren Gesellschaftsstruktur zum Teil in eine prinzipielle Systemopposition abgedrängt wurden. Wenn Opposition in Osteuropa zur Systemgefährdung für die Regierungen Osteuropas zu werden scheint, sind Rückfälle in verstärkte Repressionen im Innern, eine verschärfte Abgrenzung nach außen und Rückschläge in der Entspannungs- und Kooperationspolitik eher als eine beschleunigte Liberalisierung zu erwarten. Aus diesem Grunde können Sozialdemokraten im Interesse der Menschen in Osteuropa und im Interesse der Entwicklung einer stabilen Friedensordnung in Europa auch nicht auf Destabilisierung, Unruhen und Aufstände in Osteuropa spekulieren, sondern sie unterstützen im Interesse von Reformen und der Fähigkeit zu Reformen das zu diesem Zweck erforderliche Maß an Stabilität. Aber Sozialdemokraten werden ihre eigene prinzipielle Solidarität und Sympathie mit Bewegungen zur Verwirklichung von Menschenrechten und zur innergesellschaftlichen Demokratisierung - wo immer sie auftreten - auch öffentlich vernehmbar machen.

Auch vielen Vertretern der offiziellen Politik in Osteuropa ist bewußt, daß die Unterdrückung von Kritik gleichzeitig aus strukturellen Gründen in den Gesellschaften Osteuropas zu einem Mangel an Innovation, auch zu einem Mangel an Loyalität der Bevölkerung führt.



Wenn nun im Prozeß der zunehmenden Entspannung und Kooperation zwischen Ost- und Westeuropa die technischen Kommunikationssysteme und die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa ausgebaut werden, dann wird damit schrittweise gleichzeitig ein Informations- und Meinungspluralismus in Osteuropa zur gesellschaftlichen Realität. Wenn die Regierungen Osteuropas den zunehmenden faktischen Meinungs- und Informationspluralismus nicht als Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Systeme legitimieren und integrieren, wird sich die Wirkung des entstehenden Pluralismus in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zunehmend als Widerspruch zu den politischen Systemen artikulieren und organisieren. Repression kann kurzfristig wieder „Ruhe im Lande“ schaffen, löst den Konflikt aber nicht, sondern verschärft ihn langfristig.

Jeder Versuch der Regierungen Osteuropas, die politischen Auswirkungen der verstärkten Ost-West-Kooperation zu blockieren, indem man die Ausweitung der Beziehungen sektoral vorwiegend im wirtschaftlichen Bereich zu intensivieren und im politisch-kulturellen Bereich zu reglementieren versucht, wird auf Dauer durch die technische Entwicklung der Kommunikationssysteme, den Umfang der Beziehungen und die Schwierigkeit, Kommunikation auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen, Sektoren und Regionen zu beschränken, erschwert. Schon aus diesem Grunde wird eine Zunahme der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen und ein Ausbau der technischen Ost-West-Kommunikationsmöglichkeiten auch Auswirkungen im Bereich der kulturellen und menschlichen Beziehungen haben. Die bei einigen Politikern in Westeuropa zu beobachtende Neigung, diesen Prozeß ausschließlich im Zusammenhang mit Fortschritten im Korb 3 (humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit) der KSZE-Schlußakte zu sehen, ist irreführend, da es hier einen unmittelbaren prozessualen Zusammenhang zwischen Fortschritten in allen Bereichen der KSZE-Schlußakte gibt.

Nicht nur viele Politiker in Westeuropa und den USA, sondern auch Bürgerrechtler in Osteuropa übersehen den inneren Zusammenhang zwischen den strategischen, ökonomischen, technisch-wissenschaftlichen, humanitären und kulturellen Bereichen der Entspannungspolitik. Sie verkennen insbesondere die Notwendigkeit zu einem langfristig angelegten Entspannungs- und Kooperationsprozeß, der auf Gesprächen, Verträgen und Vereinbarungen zwischen Regierungen und offiziellen Trägern staatlicher und gesellschaftlicher Macht beruht. Sie überschätzen - aus ihrer eigenen Situation heraus völlig verständlich - die positiven Wirkungen, die durch eine direkte öffentliche Intervention von offiziellen westlichen Regierungsvertretern an den Regierungen Osteuropas vorbei durch Kontakte mit Bürgerrechtlern für die generelle Erleichterung der Ausübung von Bürgerrechten und Menschenrechten in Osteuropa hat.

Demokratische Sozialisten, die SPD als Partei und Sozialdemokraten in Regierungsoptionen haben noch nie einen Hehl daraus gemacht, daß ihre Entspannungspolitik neben der Sicherung des Friedens auch der Förderung von mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit in Europa dient. Deshalb protestieren sie auch gegen Menschenrechtsverletzungen und solidarisieren sich mit Bürgerrechtsbewegungen. Aus diesem Grunde aber müssen sie auch ihre Anstrengungen in einer zweiten Phase der Ostpolitik intensivieren, um die Entspannungspolitik zwischen den Staaten im Interesse der Menschen in Europa fortzusetzen und auszubauen.

(-/26.6.1985/va-ha/va)

+ + +



Warnke wirtschaftet ab

Die Koalition zieht sich aus der Hilfe für die Dritte Welt zurück

Von Alwin Brück MdB

Die Auszahlungen der deutschen Entwicklungshilfe unter dem Stand von 1982, die Zusagen für neue Projekte niedriger als 1980, die Qualität der Maßnahmen durch Lieferbindung und Mischfinanzierung gefährdet! Das muß sich die Bundesregierung nicht von der Opposition ins Stammbuch schreiben lassen, sondern vom Berliner „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“. Diese Entwicklung ist keine Überraschung. Sie war seit langem zu erwarten.

Wir Sozialdemokraten warnen seit 1983 davor, die Verpflichtungsermächtigungen, die den Rahmen der Bundesregierung für neue Projektzusagen bilden, so rabiat abzusenken, wie dies die Wenderegierung getan hat. Die Folgen waren schon damals vorhersehbar gewesen: Wo es keine neuen Projekte gibt, fließt weniger Geld ab. Der Umfang der benötigten Barmittel mußte zwangsläufig zurückgehen; schon heute tut sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit schwer, das zur Verfügung stehende Geld sinnvoll auszugeben. Immer mehr Geld wird für hastig zusammengezwimmerte Vorhaben verschleudert.

Der zusammengestrichene Zusagerahmen allein hat sich schon negativ genug auf die ärmeren Entwicklungsländer und die ärmeren Bevölkerungsgruppen ausgewirkt. Hinzu kommen die Lieferbindung und der wachsende Anteil von Projekten, die mit Mischkrediten finanziert werden. Die Lieferbindung haben wir Sozialdemokraten von Anfang an abgelehnt, denn sie bietet aus entwicklungspolitischer Sicht nur Nachteile, für die wettbewerbsstarke Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland praktisch keine Vorteile. Die Folge: Fernschreibnetze statt Kleinbauern-Förderung, digitale Telefonsysteme statt Infrastrukturen auf dem Lande.

Die Mischfinanzierung führt neben diesen Nachteilen noch zu weiteren Schwierigkeiten: Es verteuern sich die Entwicklungshilfekredite. Die Verschuldungslage der Empfänger wird noch schwieriger. Hoch verschuldete und sehr arme Länder fallen ganz aus der Förderungsliste heraus. Finanziert werden können damit nur deutsche Lieferungen, denn nur sie werden durch Ausfuhrbürgschaften gedeckt, ohne die es wiederum keine Mischfinanzierung gibt. Auch der Deutsche Bundestag hatte Mischfinanzierung als eine Möglichkeit zur Mobilisierung zusätzlichen Geldes für die Dritte Welt betrachtet. In einer Anhörung zu diesem Bereich Anfang der achtziger Jahre haben uns alle Sachverständigen in dieser Ansicht bestärkt. Heute müssen wir feststellen, daß dies den schwindelerregenden Anteil der Mischfinanzierung an unserer Entwicklungszusammenarbeit rasch und drastisch wieder zu senken. Sie würde damit auch den Bedenken des Entwicklungsausschusses der OECD entgegenkommen, der gerade in diesem Punkt starke Kritik geübt hat.

Die Koalitionsfraktionen haben selbst eine verstärkte Hinwendung zur Förderung kleiner Wirtschaftsformen in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe gefordert. Eine Anhörung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit dazu - von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion beantragt - hat diese Forderungen mit konkreten Hinweisen unterfüttert. Sie haben aber nichts mit dem derzeitigen entwicklungspolitischen Kurs der Bundesregierung zu tun. Wenn die Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP mehr sein wollen als Claqueure und Schönfärber für die Bundesregierung, dann sollten sie diese Forderungen und die Mahnungen ernstnehmen, die nicht nur aus der Opposition kommen. Dann können sie unserer Unterstützung sicher sein.

Einen weiteren Niedergang unserer Zusammenarbeit mit der Dritten Welt, bedingt durch folgenlose Parlamentsanträge aus der Koalition, werden wir nicht mitmachen.

(-/26.6.1985/va/va)

+ + +



Bangemann läßt nicht locker

Die Rentenversicherung soll zu einer erweiterten Sozialhilfe degenerieren

Von Klaus Kirschner MdB

Es bedurfte keiner besonderen prognostischen Fähigkeiten, um vorherzusagen, daß der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Bangemann nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und der Verabschiedung der Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung seinen Vorschlag einer Grundrente - wenn auch in modifizierter Form - wieder auf den Tisch legen würde. Zwar ist es durchaus löblich, wenn sich zumindest einer der Koalitionspartner Gedanken über eine Strukturreform unserer Rentenversicherung macht. Gleichwohl ist der Vorschlag einer "staatlichen Grundsicherung" der wohl untauglichste und ungerechteste Weg zu einer Lösung der Probleme in der Rentenversicherung.

Der Autor dieser Vorschläge wird noch viele offene Fragen zu beantworten haben, bis man in eine ernsthafte Diskussion eintreten kann. Die zwei wichtigsten sind:

1. Wie will Bangemann, wenn er die beitragsbezogene Rente abschaffen möchte, die durch eigene Beiträge erworbenen Ansprüche abgatten? Denn, für die heutigen Renten- und Rentenanwartschaften wäre ein Deckungskapital in der Größenordnung von über 3.000 Milliarden DM erforderlich. Sollen etwa die jetzigen Beitragszahler aus ihrem Lohn sowohl die Renten der jetzigen Altersgeneration finanzieren, als auch zusätzlich eine private Vorsorge für den eigenen Lebensabend aufbauen?
2. Wie hält es Bangemann mit der Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme? Sollen auch in Zukunft die Beamten eine Grundrente erhalten und sich zusätzlich privat versichern müssen? Oder bleibt da alles beim alten, ebenso wie bei der zu mehr als 75 Prozent staatlich bezuschußten Altershilfe für die Landwirte?

Bangemann scheint auch bei seiner Klage über die "tiefe soziale Ungerechtigkeit", daß große Gruppen, wie etwa die Hausfrauen, von den Renten ausgeschlossen seien, übersehen zu haben, daß während der sozialliberalen Koalition auch für Hausfrauen die Rentenversicherung durch freiwillige Beitragszahlungen geöffnet worden ist. Bei noch weitergehenden Forderungen muß er allerdings erklären, wie diese finanziert werden sollen.

Bangemanns Vorschläge entstammen der Ellbogen-Ideologie der Manchester-Liberalen, wonach nur noch eine finanzielle Grundsicherung, ob im Alter, bei Krankheit oder bei Arbeitslosigkeit zu gewähren ist. Insbesondere die bisherige Rentenversicherung würde nach seinen Vorschlägen zu einer Art erweiterten Sozialhilfe degenerieren.

(-/26.6.1985/va/ks)

+ + +

